

**Streit um Schießstand bei Worpswede**

# Rückendeckung für Betreiber

Lars Fischer 21.03.2019

**Erstmals ist der Landkreis Osterholz nun in die Offensive gegangen und tritt Befürchtungen, vom Schießstand Waakhausen ginge eine unmittelbare Gefährdung aus, entgegen. Gegner der Anlage überzeugt das nicht.**

Die Gemengelage bleibt unübersichtlich, und die Emotionen sind nicht wirklich abzukühlen. Eine Annäherung der Positionen scheint auch nach der neuerlichen Informationsveranstaltung zum Schießstand in Waakhausen, zu der die Gemeinde Worpswede eingeladen hatte, in weiter Ferne. Vonseiten der Gemeinde könne es keine neuen Informationen für die Bürger in der beinahe komplett gefüllten Ratsdele geben, denn sie sei nicht „Herr des Verfahrens“, betonte Bürgermeister Stefan Schwenke in seiner Begrüßung. Im Zentrum des Interesses stand der Landkreis Osterholz, der sowohl für den laufenden Betrieb als auch für zukünftige Bauvorhaben auf dem Areal als Aufsichts- und Genehmigungsbehörde in der Pflicht steht.

Die beiden Landkreis-Dezernenten Dominik Vinbruck und Werner Schauer, in deren Zuständigkeitsbereiche die Anlage fällt, haben sich erstmalig öffentlich positioniert. Sie räumten unisono ein, dass dringender Handlungsbedarf bestehe: Die auf dem Gelände liegende Menge Blei sei ohne Frage die größte im Landkreis und sie müsse „so schnell wie möglich“ (Schauer) beseitigt werden. Allerdings sieht der Kreis bei aller gebotenen Dringlichkeit keine Handhabe für Zwangsmaßnahmen gegen den Betreiber, im Gegenteil: Die am Mittwochabend vorgelegten Messwerte interpretiert er als durch die Bank weg im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben.

## Verfahren nicht zwingend öffentlich

Wie berichtet, gibt es zwei Gutachten aus dem Februar, die zu unterschiedlichen Bleigehalten im Wasser kommen. Die Differenz erklärt Schauer mit abweichenden Messverfahren. Der Landkreis bezieht sich ausschließlich auf das sogenannte Voss-Gutachten, bei dem die Wasserproben zunächst gefiltert wurden, und die daher niedrigere Bleigehalte aufweisen als im zweiten Gutachten der Firma Pirwitz. Beide Gutachter seien unabhängig und vereidigt, so Schauer, Zweifel an der Richtigkeit ihrer Arbeit habe er nicht. Allerdings gibt es im Voss-Gutachten eine Unstimmigkeit: Außer Blei wurden auch Arsen und Antimon gemessen. Da diese Stoffe nur in Verbindung auftreten, müssten die Werte korrelieren, was sie an einem Messpunkt nicht tun. Es gibt im Landwehrgraben an einer Stelle, die mit neun Mikrogramm Blei pro Liter Wasser ( $\mu\text{g/l}$ ) Trinkwasserqualität hat (Grenzwert: zehn  $\mu\text{g/l}$ ), einen Arsengehalt von 155  $\mu\text{g/l}$ . „Das muss ein Messfehler sein“, so Schauer.

Dennoch sieht der Landkreis keinen Grund, eine unabhängige Gefährdungsanalyse zu möglichen Umweltschäden, wie von der Unabhängigen Wählergemeinschaft (UWG) gefordert, einzuholen. Auch seien die von den Grünen und der Bürgerinitiative vorgelegten Laboruntersuchungen von selbst genommenen Wasserproben nicht verwertbar, weil sie nicht den Bestimmungen zur Beprobung entsprechen, so Dezernent Werner Schauer. Und für Sedimente, die die Gegner der Anlage als relevantere Indizien ansehen, gebe es keine bindenden Grenzwerte.

## Keine Erklärung, warum Probleme nicht früher erkannt wurden

Mehrfach betonten Vinbruck und Schauer, dass die Probleme nur einvernehmlich mit dem Betreiber des Schießstands gelöst werden könnten. Sie bescheinigten Henning Kruse, der erst seit vergangenem September in der Verantwortung für die Anlage steht, eine hohe Kooperationsbereitschaft. Schuldig blieben sie allerdings Erklärungen, warum trotz regelmäßiger Überprüfungen bei Kruses Vorgängern die über Jahre ausgebliebene Säuberung der Anlage und das angewachsene Problem nicht früher erkannt wurden.

Dieter Viefhues von den Worpsweder Grünen nutzte ebenso wie weitere Gegner der Anlage die Gelegenheit für kritische Nachfragen. Er verwies wiederholt darauf, dass die Messergebnisse vor allem in chronologischer Folge zu betrachten seien. Nach Räumung des Geländes im Jahr 2014 seien die Bleiwerte deutlich gesunken, danach aber wieder

angestiegen. Vor allem aber vertritt er die These, dass der 2007 gebaute Sanierungswall auf dem Gelände, in dem 230 Tonnen Blei verbaut wurden, undicht sei und die Umgebung verseuche. Im Wall herrscht laut Gutachten eine Bleikonzentration von 5700 µg/l, Messungen in der Nähe des Walls weisen aber nur leicht erhöhte Werte auf (laut Pirwitz zwischen 23 und 160 µg/l). Für Schauer ein Beleg, dass der Wall dicht sei. Für Viefhues das Gegenteil, denn „dort dürfte überhaupt kein Blei sein“.

Für eine neue Erkenntnis sorgte dann noch Dominik Vinbruck: Er widersprach seiner ersten Darstellung, dass der Bau eines Lärmschutzwalls zwangsläufig einem öffentlichen Genehmigungsverfahren unterliege. Dafür lasse sich keine gesetzliche Grundlage finden, so der Dezernent. Sollte Henning Kruse die mittlerweile zurückgezogene Bauvoranfrage erneut stellen, so sei es ihm freigestellt, ob er das Verfahren öffentlich machen wolle. Vinbruck machte keinen Hehl daraus, dass er dringend zu Transparenz rät. Kruse selber wollte sich dazu auf Nachfrage noch nicht äußern, er habe erst am Vortag von dieser auch für ihn neuen Wendung erfahren. Während der Veranstaltung ergriffen weder Kruse noch andere Fürsprecher der Anlage das Wort. Lediglich Frank Dunker von der Landesjägerschaft Bremen stellte zwei Rückfragen.

## Vertrauen verpulvert

Lars Fischer

Vermutlich ist niemand nach dem Infoabend mit dem Landkreis mit einer anderen Meinung nach Hause gegangen, als er gekommen ist. Man kann mit Fug und Recht von verhärteten Fronten sprechen, und um solche aufzuweichen, braucht es mehr als Dienst nach Vorschrift. Ein unabhängiges Gutachten, nicht beauftragt vom Betreiber des Schießstands Waakhausen, sondern vom Landkreis, könnte zumindest eine Gesprächsgrundlage sein, die beide Seiten akzeptieren. Das ewige Anzweifeln von Gutachten, Werten und Messverfahren hätte ein Ende. Der Kreis lehnt dies ab, er habe ausreichend Datenmaterial, und es gebe keine gesetzliche Verpflichtung, ein solches Gutachten einzuholen.

Das entspricht sicherlich der Wahrheit, dient aber nicht der Deeskalation. Die Bürger bewegt dieses Thema, und sie sind verunsichert. Das klingt wiederum nach Populismus, aber das ungebrochene Interesse an Informationen und die mitunter emotional geführte Debatte belegen dies. Der Landkreis seinerseits hat Vertrauen verspielt, weil er die offenkundigen Missstände in Waakhausen über Jahre nicht wahrgenommen hat. Nachdem er lange immer etwas weniger getan hat, als er sollte, stände es ihm gut zu Gesicht, nun mal etwas mehr zu tun, als er müsste.